

Pressemitteilung vom 07.11.2016

BUND: Nitratklage der EU war zu erwarten

“Bereits im April hatte die EU-Kommission angekündigt, Deutschland wegen der nicht umgesetzten Nitrat-Richtlinie zu verklagen. Die nun vorliegende Klageschrift ist eine schallende Ohrfeige, insbesondere für Landwirtschaftsminister Christian Schmidt.” So BUND-Vorsitzender Manfred Radtke.

In Niedersachsen sind 60 v. H. der Grundwasserkörper zu stark mit Nitrat belastet. Der Landkreis Rotenburg ist ebenso überlastet wie die Landkreise Emsland, Vechta und Cloppenburg. Überdüngung passiert vor allem dort, wo die sog. “Massentierhaltung” betrieben wird. Die Mengen an ausgebrachter Gülle sind so groß, dass die Pflanzen das Riesenangebot an Stickstoff nicht aufnehmen können. Auch die gesetzlichen Düngepausen von maximal drei Monaten seien viel zu kurz, heißt es in der Klageschrift der EU-Kommission. Stand der Wissenschaft seien fünf bis sieben Monate. Stickstoffverbindungen sorgen außerdem für eine Überdüngung von Seen und Flüssen.

Radtke: “Die Klageschrift zeichnet genau nach, wie Deutschland seit Jahren das Problem der Grundwasserbelastung ignoriert und die EU-Kommission hingehalten hat. Bemerkenswert ist nicht nur deren Inhalt, sondern auch die deutliche Sprache. Das Ignorieren wissenschaftlicher Erkenntnisse wird ebenso kritisiert wie das “bloße Spiel mit Begrifflichkeiten”. Der BUND fordert seit Jahren Änderungen in der Landwirtschaft. Es ist zu befürchten, dass wegen der nicht erfolgten Korrekturen nun deutlich größere Belastungen auf die Landwirte zukommen werden.”

Die Klageschrift ist auf der Homepage des BUND Rotenburg nachzulesen.

<http://rotenburg.bund.net>